

Bau- und Planungsausschuss

Protokoll Nr. BPA/05/2021

**über die öffentliche Sitzung des Bau- und Planungsausschusses am
19.05.2021,**

**Ahrensburg, Sporthalle des Schulzentrums Am Heimgarten,
Reesenbüttler Redder 4 - 10, 22926 Ahrensburg**

Beginn der Sitzung : 19:00 Uhr
Ende der Sitzung : 22:15 Uhr

Anwesend

Vorsitz

Herr Markus Kubczigk

Stadtverordnete

Herr Gerhard Bartel	ab 19:22 Uhr; TOP 6.2
Frau Carola Behr	
Herr Uwe Gaumann	
Herr Rolf Griesenberg	ab 19:22 Uhr; TOP 6.2
Frau Nadine Levenhagen	
Herr Wolfgang Schäfer	i. V. f. Herrn Falke
Herr Dr. Detlef Steuer	

Bürgerliche Mitglieder

Herr Burkhardt Bertram	
Herr Stefan Gertz	ab 19:24 Uhr; TOP 7
Herr Klaus Goldbeck	
Herr Jan Jasper Lauert	i. V. f. Frau Hansen

Weitere Stadtverordnete, Beiratsmitglieder

Frau Hanna Sophie Garthe	Kinder- und Jugendbeirat
Herr Tim Grammerstorf	Kinder- und Jugendbeirat
Frau Anne-Marie van Oosterum-Arnu	Seniorenbeirat

Verwaltung

Herr Peter Kania	
Herr Finn Blunck	zu / bis TOP 7
Herr Tom Köhler	
Herr Stephan Schott	
Frau Beate Skambath	
Herr Ulrich Kewersun	Protokollführer

Gäste

Herr Isaak Larbi
Herr Thorge Storm

ioki/zu TOP 7
VHH/ABG/zu TOP 7

Entschuldigt fehlt/fehlen

Stadtverordnete

Frau Susanna Hansen
Herr Erik Schrader

Bürgerliche Mitglieder

Herr Olaf Falke

Behandelte Punkte der Tagesordnung:

1. Begrüßung und Eröffnung der Sitzung
2. Feststellung der Beschlussfähigkeit
3. Einwohnerfragestunde
4. Festsetzung der Tagesordnung
5. Einwände gegen die Niederschrift Nr. 04/2021 vom 21.04.2021
6. Berichte/Mitteilungen der Verwaltung
 - 6.1. Berichte gem. § 45 c GO
- k e i n e -
 - 6.2. Sonstige Berichte/Mitteilungen
 - 6.2.1. Stellungnahme zum beschlossenen Antrag AN/035/2020
 - 6.2.2. Lieferung, Montage und Inbetriebnahme von Parkscheinautomaten (PSA)
7. Bericht über den On-Demand-Verkehr in Ahrensburg mit ioki Hamburg **2021/040**
8. Sanierung der Hagenau im Vollausbau **2021/034**
9. Asphaltierung verlängerter Starweg **2021/036**
10. Machbarkeitsstudie Radweg Bahnhof Gartenholz/Beimoorweg **2021/035**
11. Machbarkeitsstudie Radschnellwege Metropolregion Hamburg **2021/037**
12. Saisonale Umnutzung von Straßenräumen **2020/107/1**
13. Anfragen, Anregungen, Hinweise
 - 13.1. Vertagte Themen

1. Begrüßung und Eröffnung der Sitzung

Der Vorsitzende begrüßt alle Anwesenden, insbesondere die Gäste Thorge Storm von der VHH und Isaak Larbi von ioki, und eröffnet die Sitzung.

2. Feststellung der Beschlussfähigkeit

Die Beschlussfähigkeit des Bau- und Planungsausschusses ist gegeben. Die Einladung zur Sitzung erfolgte form- und fristgerecht.

3. Einwohnerfragestunde

Herr Peter Körner als 1. Vorsitzender der Dorfgemeinschaft Ahrensfelde e.V. bezieht sich auf den in der heutigen Ausgabe des Stormarner Teils im Hamburger Abendblatt erschienenen Artikel und ordnet die eventuell missverständlichen Aussagen wie folgt ein:

Die Dorfgemeinschaft hat nichts gegen Radfahrer*innen und ihre Routen – im Gegenteil: sie veranstaltet regelmäßig Fahrraddemos gegen den Durchgangsverkehr.

Ein bisschen Polemik dürfte erlaubt sein: wer langsamer fährt, hat mehr von der Kulturlandschaft.

Die Dorfgemeinschaft fordert lediglich die Beibehaltung des derzeitigen Zustandes mit Einbau einer intelligenten Sperre in Höhe des ehemaligen Weges zum Möhlenbuschkamp (Beginn des Knicks).

Wenn dann der PKW- und LKW-Verkehr wegfalle, brauchen die Mitarbeiter*innen des Bauhofes Jahrzehnte, um die geplante Investition von 350.000 € in Form der Unterhaltungsmaßnahme „glattzuhobeln“.

Herr Peter Körner regt seine Zulassung als sachkundiger Bürger zum Punkt 9 an.

Bereits in der Sitzung des Umweltausschusses am 12.05.2021 stellte **Herr Jürgen Siemers** in seiner Funktion als 1. Vorsitzender des BÜRGER- UND GRUNDEIGENTÜMERVEREINS „WALDGUT HAGEN“ E.V. unter anderem folgende Nachfrage zur Asphaltierung des verlängerten Starweges:

Verlängerter Starweg: sehr guter Entwurf. Im kommenden BPA Vorlage. Frage, wie hält es der UA mit dem Lichtsmog? Ist es wirklich erforderlich auf diesem Weg, der am Ende nur ins Dunkle nach Ahrensfelde oder zum Redder führt, eine Straßenbeleuchtung zu planen? Und ist es wirklich erforderlich die 265 Meter (runde 1200m²) mit einer Asphaltschicht zu bedecken? In anderen Bundesländern werden solche Kombiwege erfolgreich mit zwei Betonstreifen, zur Verringerung der Versiegelung ausgeführt. Interessant wäre für uns zu erfahren, wo der Ausgleichsbedarf in Ahrensburg erfolgt.

Die Stellungnahme des FD IV.3 Straßenwesen hierzu lautet wie folgt:

Der verlängerte Starweg wird mit einer Beleuchtung versehen, um die Sicherheit und den Komfort zu erhöhen. Die Beleuchtung wird so geschaltet werden, dass das Licht nur bei Annäherung eines Fahrrades angeht. Eine Betonspurbahn wäre ebenfalls eine Lösungsmöglichkeit, nur ist deren Komfort für die Radfahrer auf einen kleinen Bereich begrenzt (kein Überholen auf der Betonbahn, bei Begegnungsverkehr verlassen der Betonbahn). Daher ist der Verwaltungsvorschlag, die gesamte Fläche zu asphaltieren.

Herr Siemers ergänzt diese Ausführungen zu dem Thema um zwei Aspekte:

- Die Beschilderungen des Starweges an der Dorfstraße und der Einmündung Am Birkenhain als Sackgasse sollten ergänzt werden mit den deutlichen Hinweisen, dass dort keine Wendemöglichkeit besteht.
- Dieser Ausbauabschnitt des Starweges geht nördlich zunächst in den Starweg zwischen Am Birkenhain und Ahrensfelder Weg mit spürbarem motorisiertem Individualverkehr über und später in den Starweg bis zur Hagener Allee mit desolaten Radwegen und sanierungsbedürftiger Fahrbahn. Angeregt wird im Sinne der Förderung des Radverkehrs einen baldigen Umbau zu erwägen.

Auf beide Hinweise soll in der Beratung unter TOP 9 eingegangen werden.

Abschließend bittet Herr Siemers den FD II.3 Verkehrsaufsicht, die gewählten beiden Standorte der mobilen Geschwindigkeitsmessanlage im Starweg zu erläutern und die erhobenen Daten zur Verfügung zu stellen bzw. bekannt zu geben.

Die Verwaltung nimmt Bezug auf die Einwohnerfrage des 1. Vorsitzenden der Dorfgemeinschaft Ahrensfelde e.V., Herrn Peter Körner, die dem BPA-Protokoll Nr. 4/2021 als Anlage zu TOP 3 beigelegt worden ist und sich mit der Parksituation auf der extrem schmalen Fahrbahn und dem Schutz der Grasfläche auf dem Dorfplatz auseinandersetzt.

Zu den beiden Themen nimmt die Verwaltung wie folgt Stellung:

1. ***Ist es nicht möglich, für das ganze Teilstück das private Befahren (auch teilweise) des Dorfplatzes zu untersagen und in Höhe der Feuerwache (Teichstraße 3) ein absolutes Halteverbot mit dem Zusatz „Einsatzkräfte frei“ einzurichten. Das würde auch den Missbrauch der, zur Feuerwehr gehörenden, Verkehrsflächen vermindern und die Arbeit der Feuerwehr weniger behindern.***

Stellungnahme/Antwort (vorab an den Fragenden per E-Mail):

Das ordnungswidrige Parken auf der Rasenfläche des Dorfplatzes wird künftig durch die Aufstellung von Pollern verhindert. Die Poller werden an der Rasenkante zur Fahrbahn hin platziert und sollen so dazu beitragen, dass die Rasenfläche nicht weiter durch dort widerrechtlich abgestellte Fahrzeuge geschädigt wird.

Das von Ihnen angesprochene Haltverbot kann nicht angeordnet werden, da keine für die Anordnung zwingend erforderliche gesetzliche Grundlage vorliegt. Die verbleibende Fahrbahnbreite ist auch bei dort parkenden Fahrzeugen ausreichend, um sowohl dem Linienbusverkehr als auch Fahrzeugen der Feuerwehr ein Passieren des Straßenabschnittes zu ermöglichen.

Ihr Vorschlag, Einsatzkräften der Feuerwehr eine Ausnahme von einem Haltverbot durch entsprechende Beschilderung zu gewähren, ist für die Mitglieder der Feuerwehr Ahrensfelde nicht von Vorteil. Ausnahmen von einem Haltverbot dürfen den Einsatzkräften der Feuerwehr nur für einen tatsächlichen Rettungseinsatz gewährt werden. Übungseinsätze, Kameradschaftsabende usw. fallen nicht unter diese Ausnahmeregelung, sodass die Teilnehmer dieser Veranstaltungen dann nicht ihre Fahrzeuge in der Teichstraße abstellen dürfen.

Die neben dem Feuerwehrgerätehaus befindliche Fläche gehört verkehrsrechtlich nicht zum öffentlichen Verkehrsraum, sondern ist private Fläche, so dass seitens der Verkehrsaufsicht dort keine Beschilderungen angeordnet werden dürfen.

Auf Bitte der Dorfgemeinschaft ist nunmehr in Kürze eine ergänzende Erörterung vor Ort geplant.

2. ***Außerdem wurden wir schon mehrmals auf die Fußwegsituation in der Teichstraße in Höhe des Weberteiches angesprochen. Gerade am westlichen Uferbereich (Mönch) müssen die Fußgänger die Fahrbahn benutzen. Besteht nicht die Möglichkeit in diesem Bereich einen Fußweg anzulegen, der dann wassergebunden am Südufer weitergeführt wird?***

Stellungnahme/Antwort:

In Bezug auf den Fußweg der Teichstraße wurde in einem Ortstermin die Unterhaltung des Gehweges besprochen. Im Rahmen der Straßenunterhaltung wird der unbefestigte Gehweg wiederhergestellt.

Letztlich bezieht sich **Herr Reimer** auf die Parksituation von Pkws im Innenstadtbereich und merkt an, dass diese auch für ältere Bürger attraktiv bleiben müsse. Aus diversen Projekten - von der Bebauung und Möblierung von Parkplätzen bis hin zur Umgestaltung des Straßenraumes - entnehme er, dass das Parken durch starken Einsatz von öffentlichen Mitteln eingeschränkt werden soll.

Hierzu berichtet die Verwaltung, dass in den kommenden Sitzungen das Parkraumkonzept beraten werden soll und dieses in Zukunft für die Innenstadt sogar eine Zunahme der Pkw-Abstellmöglichkeiten vorsehe. Die Annahme, dass sich die Stadt hoch verschuldet habe und in Zukunft ihre Handlungsmöglichkeiten einschränken müsse, treffe auf die Zeit seit 2013 nicht zu.

Da keine weiteren Fragen gestellt werden, schließt der Vorsitzende die Einwohnerfragestunde.

4. Festsetzung der Tagesordnung

Der Vorsitzende bezieht sich auf die in der Einladung vom 04.05.2021 vorgeschlagene Tagesordnung.

Auf Vorschlag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen soll der unter TOP 12 zu beratende „Antrag der SPD-Fraktion zur Wohnraumförderung mit Bezug auf den Antrag AN/052/2016“ (Antrag AN/027/2021) vertagt werden, da noch fraktionsinterner Abstimmungsbedarf besteht.

Nachdem die Verwaltung festgestellt hat, dass in der heutigen Sitzung keine Einzelbauvorhaben vorzustellen sind, kommt man überein, auf den nicht öffentlichen Sitzungsteil zu verzichten und die TOP 15 und 16 der Einladung zu streichen.

Sodann wird über die entsprechend gekürzte Tagesordnung entschieden:

Abstimmungsergebnis: Alle dafür

Anhörung eines Sachverständigen

In Bezug auf die heutige öffentliche Beratung unter TOP 9 „Asphaltierung verlängerter Starweg“ greift der Ausschussvorsitzende die Anregung des Herrn Peter Körner aus dem TOP 3 „Einwohnerfragen“ auf, ihn als 1. Vorsitzenden der Dorfgemeinschaft Ahrensfelde e.V. und langjährigen Bewohner des Stadtteils als Sachverständigen zu hören.

Über diesen Vorschlag stimmt der Ausschuss gemäß § 46 Abs. 12 in Verbindung mit § 16 c Abs.2 Gemeindeordnung Schleswig-Holstein (GO) ab.

Abstimmungsergebnis: Alle dafür

5. Einwände gegen die Niederschrift Nr. 04/2021 vom 21.04.2021

Keine Einwendungen; das Protokoll gilt damit als genehmigt.

6. Berichte/Mitteilungen der Verwaltung

6.1. Berichte gem. § 45 c GO

--- k e i n e ---

6.2. Sonstige Berichte/Mitteilungen

6.2.1. Stellungnahme zum beschlossenen Antrag AN/035/2020

Auf Basis des Antrags AN/035/2020 der CDU-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zum Projekt "Neubau badlantic" hat der BPA am 17.06.2020 unter anderem einstimmig folgenden Beschluss gefasst:

„Die Stadt Ahrensburg klärt verbindlich die Fördermöglichkeiten (Umwelt, technische Anlagen, Klimaschutz, Post-Coronastädtebau) durch Land, Bund und EU zum Projekt „Neubau badlantic“ und stellt die Ergebnisse in den Gremien vor.“

Die Antwort ist dem Protokoll Nr. 03/2021 über die öffentliche Sitzung des Hauptausschusses am 19.04.2021 zu entnehmen und lautet wie folgt:

Aufgrund des Antrags erfolgt eine Nachfrage nach Fördermöglichkeiten für den Neubau badlantic in der Zeit von Juli 2020 bis November 2020 beim Bundesministerium des Innern für Bau und Heimat (BME) – Referat SW31 – allgemeine Angelegenheiten der Städtebauförderung und Förderpolitik, der Bundestransferstelle Aktive Zentren, dem Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) und Bundesministerium des Innern für Bau- und Heimat (BME), Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (BBR), dem Ministerium für Inneres, ländliche Räume, Integration und Gleichstellung SH-Leistungssport, Sportstättenförderung, der Aktivregion Alsterland, dem Referat für Städtebauförderung, besonders Städtebaurecht, Baukultur, dem Projektträger Jülich- Innovation für Klimaschutz- und Klimawandelanpassung, der Investitionsbank Schleswig-Holstein und dem Bundesverband der Energie und Klimaschutzagenturen Deutschlands. Aufwendige Recherchen und die aktuelle Situation (Pandemie) verzögerten die Prüfung von Fördermöglichkeiten. Im Ergebnis eignete sich der Großteil der Förderprogramme für Sanierungen.

Eine Fördermöglichkeit für den Neubau des badlantics gab es für das Programmjahr 2020. Im Rahmen des Investitionspaktes zur Förderung von Sportstätten stellten der Bund und das Land Schleswig-Holstein rund 6,017 Mio. € für Gemeinden mit einer Städtebauförderung zur Verfügung. Der für das Jahr 2020 gestellte Antrag der Stadt Ahrensburg wurde abgelehnt, da unter anderem nicht ausreichend Fördermittel zur Verfügung standen.

Es besteht die Möglichkeit sich erneut für die folgenden Programmjahre zu bewerben.

Diese Antwort wird in der **Anlage** ergänzt durch eine detaillierte Darstellung in Tabellenform.

Zudem wird darüber informiert, dass die Deutsche Bädergesellschaft in der BPA-Sitzung am 16.06.2021 die Ergebnisse ihres Gutachtens zum Raumprogramm und zum Sanierungsbedarf des badlantic vorstellen wird, was als Grundlage für die ausstehenden Entscheidungen bedeutsam sein dürfte.

6.2.2. Lieferung, Montage und Inbetriebnahme von Parkscheinautomaten (PSA)

Mit Schreiben vom 30. Oktober 2020 erfolgte die Beauftragung der Lieferung, Montage und Inbetriebnahme für 28 PSA an die Stadt Ahrensburg.

Infolge der Corona-Pandemie kam es mit Wirkung des 2. November 2020 zu einem Teil-Lockdown, welcher mit Wirkung des 16. Dezember 2020 in einem harten Lockdown resultierte. Die Beauftragung sah eine Lieferung der PSA innerhalb von bis zu acht Wochen vor. Aus den vorgenannten Gründen verzögerte sich diese in das Jahr 2021.

Die Lieferung der ersten Charge, bestehend aus einer Anzahl von 16 Geräten, erfolgte in der 10. Kalenderwoche (KW) des Jahres 2021, der Aufbau in der Folgewoche. Die Inbetriebnahme der zweiten Charge – d. h. demnach bestehend aus weiteren 12 Geräten – erfolgte in KW 14. Die PSA wurden an denselben Standorten der bisherigen Geräte montiert. Drei der neuen PSA werden ausschließlich über Solarpaneele betrieben. Die Geräte entsprechen dem neuesten Stand der Technik. Zusätzlich kann die Verwaltung über ein „Parkraummanagementsystem“ (PMS) - ParkingOffice 2 – den aktuellen Zustand der PSA einsehen.

Die Wartung der neuen Geräte erfolgt durch die Stadtbetriebe der Stadt Ahrensburg – Bauhof. So ist ggfs. eine autarke und schnelle Reaktion auf Probleme möglich.

Es sei angemerkt, dass zusätzlich zur weiterhin bestehenden Bargeldzahlung auch die Zahlung per EC-Karte (Girocard) möglich ist. Eine Zahlung per Kreditkarte ist nicht möglich. Die PSA besitzen keine Wechselfunktion.

Aus rein technischer Sicht ist auch das Handyparken möglich. Hierzu hat die Verwaltung bereits Kontakt zu einem Anbieter aufgenommen.

Weiterhin ist eine Änderung der Stadtverordnung über Parkgebühren auf öffentlichen Verkehrsflächen in der Stadt Ahrensburg – auch im Hinblick auf die Errichtung des provisorischen Parkplatzes auf dem Stormarnplatz – für das dritte Quartal dieses Jahres geplant.

In diesem Zuge werden zwei Themen angesprochen:

1. Bemängelt wird von einigen Kunden, dass die neuen PSA keine Wechselfunktion – sprich: Herausgabe des Restgeldes – mehr besitzen. Darauf hatte die Verwaltung wegen der Unterhaltungs- und Störanfälligkeit verzichtet. Sie sagt zu, sich beim Hersteller zu erkundigen, ob die Nachrüstung der PSA mit Wechselgeld überhaupt (wirtschaftlich) möglich ist.

2. Die Ausschussmitglieder begrüßen die Initiative der Verwaltung, schnellstmöglich das Handyparken zu ermöglichen. Auf Nachfrage berichtet die Verwaltung, dass es derzeit daran scheitert, dass die Integration dieses Systems wegen der veralteten Bestandsgeräte der Überwachung des ruhenden Verkehrs nicht gewährleistet werden kann, die Umstellung auf Windows 10 aber angegangen wird.

Anmerkung der Verwaltung:

Die Nachrüstung mit Wechselgeldtuben ist nach Angaben des Herstellers möglich, ein Angebot ist von der Verwaltung angefordert worden und wird dem BPA im Nachgang zur Kenntnis gegeben.

Zu beachten ist jedoch unabhängig von den zusätzlichen Investitionen, dass

- zunehmend die Zahlung per EC-Karte und künftig die Buchungen per Handy in Anspruch genommen werden dürften,*
- die Überzahlung selbst bei einer Bezahlung mit einer 2 €-Münze überschaubar ist,*
- die Parkgebühren in absehbarer Zeit teilweise erhöht werden sollten (vgl. Parkraumkonzept),*
- die „Schwierigkeiten“ größtenteils nur in den ersten Wochen auftauchen und die Kunden anschließend ausreichend Münzen bereithalten dürften,*
- die gegebenenfalls erforderliche Nachbefüllung der Wechselgeldtuben einen nicht unerheblichen Aufwand bedeuten würde: die zurzeit 28 PSA müssten zumindest wöchentlich angelaufen werden, was ansonsten bei den neuen und meist störungsfreien PSA sowie der Datenfernüberwachung nicht der Fall wäre.*

7. Bericht über den On-Demand-Verkehr in Ahrensburg mit ioki Hamburg

Die Verwaltung hält zu dem Thema den diesem Protokoll als **Anlage** beige-fügten Folienvortrag und betont hierzu insbesondere

- zu Folie 4, dass
 - a) dort die aktuellsten verfügbaren Daten eingepflegt worden sind,
 - b) sich nach wie vor die reduzierten Pendler- und Freizeitverkehre bemerkbar machen,
- bei Folie 5 die Einsatzschwerpunkte Bahnhof Ahrensburg, U-Bahnhof Ahrensburg West und Innenstadt,
- zu Folie 6 die hohe Akzeptanz bei Pendlern (vgl. Höchstwerte morgens und abends) und die eher geringe Buchungszahl am Sonntag,
- zu Folie 7 den politischen Entscheidungsbedarf, ob die Telefonbuchungen trotz geringer Zahlen aufrechterhalten werden sollen,
- zu Folie 8, dass die bisherigen Betriebsstunden den Fördervorgaben für das Einsatzjahr entsprechen,
- bei Folie 13 zur Prüfung, den Spätverkehr des Linienbusbetriebes zu ersetzen, dass dieses mit einer intensiven, wirksamen Öffentlichkeitsarbeit (wegen der Abweichungen zum veröffentlichten Fahrplanbuch) und mit einem Verzicht auf den 1 €-Komfortzuschlag verbunden wäre,
- zu Folie 14, gezielt in den äußeren Stadtteilen – wie Ahrensfelde und Wulfsdorf – für den On-Demand-Verkehr zu werben, sowie
- zu Folie 15, dass der Förderantrag (Preis, Auszeichnung und finanzielle Förderung) zwar vom Kreis gestellt worden sei, das Programm jedoch weit überzeichnet und die Förderung des Verkehrs in Ahrensburg nicht sehr wahrscheinlich sei; zudem sei mit einer Entscheidung im zweistufigen Verfahren erst im Jahr 2022 zu rechnen.

In der anschließenden Aussprache werden diverse Themenbereiche erörtert und Verständnisfragen geklärt.

So lässt sich die Frage, ob das ioki-Angebot den Individualverkehr etwa in die Ahrensburger Innenstadt reduziert habe, erst auf Grundlage der Aussagen der wissenschaftlichen Begleitstudie der TU Hamburg Harburg (u.a. anhand der Haushaltsbefragung) beantworten, das erhöhte Buchungsaufkommen am Mittwochvormittag zur üblichen Wochenmarkzeit lässt dieses aber vermuten.

Die Auswirkung der Corona-Pandemie führt im ÖPNV derzeit noch zu einem Rückgang der Kunden um rund 50% (in der ersten Welle waren es bis zu 70%); der Verlust bei den On-Demand-Verkehren dürfte etwas geringer ausfallen und damit rund 60% der üblichen Fahrgastzahlen (von dann rechnerisch 220 bis 230 Fahrten/Tag) entsprechen. Zwar seien die Beteiligten mit dem Start zufrieden, aber das in der Machbarkeitsstudie prognostizierte Kundenpotential von 350/390 Fahrten pro Tag sei erst nach Abschluss der Anlaufphase zu erreichen, die etwa bei neuen Buslinien rund zwei Jahre dauere. Ein Ausschussmitglied hinterfragt das stetige Wachstum (vgl. Folie 4) vor dem Hintergrund der niedrigen Zahlen für April 2021.

Eine Corona-bedingte Verlängerung des geförderten Projektes zeichnet sich von Seiten des Bundesverkehrsministeriums nicht ab. Zur besseren Einschätzung der Daten sagen die Vertreter von VHH und ioki zu, die drei bestehenden Evaluierungen beim länger laufenden Hamburger Projekt in Lurup/Osdorf zusammen zu führen und der Stadt Ahrensburg zur Verfügung zu stellen.

Die Ausschussmitglieder bitten die Verwaltung eindringlich, die Selbstverwaltung bei den anstehenden Entwicklungen einzubeziehen, etwa durch die Bildung eines Arbeitskreises. In diesem könnte gemeinsam nach Wegen gesucht werden, ob und gegebenenfalls wie etwa

- die regelmäßig aktive Kundenzahl von rund 600 gesteigert werden kann,
- der On-Demand-Verkehr relativ gering ausgelastete Busse in der Mittagszeit ersetzen könnte,
- die Zahl der abgelehnten Kundenanfragen verringert und die Zahl der Pooling-Fahrten erhöht werden kann,
- ÖPNV-Parallelfahrten vermieden werden können und
- das Angebot auch in den Nachbargemeinden angeboten werden kann und sollte.

Der BPA fordert die Verwaltung auf, in den nächsten Monaten ein Bewertungsschema zu entwickeln, anhand dessen den Entscheidungsträgern verdeutlicht wird, ob das On-Demand-Angebot erfolgreich war. Hierzu zählen neben der Kundenzufriedenheit und der Höhe des Defizits etwa auch die Verbesserung der verkehrlichen Erschließung, die Teilhabe, der Klimaschutz und der Einstieg in einen Umweltverbund. Zwar sei klar, dass der On-Demand-Verkehr kein Massenbeförderungsmittel darstellt, dennoch sollte der wirtschaftliche Betrieb bei rund 800.000 €/Jahr und theoretisch angemessenen 220/230 Kunden/Tag hinterfragt und ein Vergleich zum Angebot von Taxen vorgenommen werden.

Entsprechend der Vorlage nimmt der BPA den Bericht über den On-Demand-Verkehr in Ahrensburg mit ioki Hamburg zunächst zur Kenntnis.

8. Sanierung der Hagenau im Vollausbau

Da ein Sachvortrag nicht gewünscht wird und diverse Ausschussmitglieder betonen, dass der Ausbaubedarf in Anbetracht des schlechten Straßenzustandes zweifellos gegeben ist, fokussiert sich die Beratung auf den mit dem Ausbauprogramm einhergehenden Entfall von Parkplätzen im öffentlichen Straßenraum.

Während die sieben derzeit in der Kehre der Hagenau genutzten Plätze genommen bereits heute nicht existieren, da die Kehre zwingend zum Wenden von Lkws benötigt wird, verbleibt es bei der Reduzierung von rund sieben Parkplätzen auf der Fahrbahn.

Die empfohlene Lösung, die Hagenau als Mischfläche herzustellen, bedeute gleichzeitig, das Parken nur an bestimmten, durch andersfarbiges Pflaster gekennzeichneten Flächen zu erlauben und diese durch angemessene Bauminselfahrzeuge einzufassen.

Der öffentliche Raum könne das Grundproblem des Quartiers nicht auffangen, das in dem Alter und der Struktur der Siedlung bestehe und Alternativen erschwere, private Pkw-Abstellflächen zu schaffen und diese gegebenenfalls – auch wenn sie angemietet werden müssten – zu nutzen.

Den Vollausbau der Hagenau kostengünstiger sicherzustellen sei nicht möglich. Der Gesamtaufwand basiere auf einem üblichen Ausbaustandard. Die Kostenschätzung sei auf Basis der Baumasse und – aufgrund der schwierigen Situation vor Ort und der Wahrscheinlichkeit einer Kostensteigerung durch die geplante Bauausführung erst in 2 Jahren – bereits mit einem Sicherheitsaufschlag erfolgt.

Wie die Verwaltung betont, müsse die Hagenau auch von Lkws befahrbar bleiben, eine mittel- und langfristige Sicherung der beiden Abfall- / Wertstoffsammelplätze an der Bogenstraße und an der Hagener Allee dürfte keine Lösung darstellen und sollte nicht Gegenstand einer Anliegerbefragung werden. Die Ausschussmitglieder hoffen, dass der Erfolg, dem auszubauenden Straßenraum eine verbesserte Struktur zu geben und so den Abfall- / Wertstoffsammelfahrzeugen das Befahren der engen Straße zu ermöglichen, nicht durch Falschparker konterkariert wird.

Letztlich wird über den **Beschlussvorschlag** entschieden:

Der Planung zur Sanierung im Vollausbau der Hagenau (**Anlage 1-6**) wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis: **Alle dafür** (Linke abwesend)

9. Asphaltierung verlängerter Starweg

Die Verwaltung stellt das Projekt kurz vor und betont, dass die Asphaltierung des bisher wassergebundenen Straßenabschnitts bei gleichzeitiger Verhinderung des Durchgangsverkehrs mittels Poller nahe der bisher endenden Asphaltstrecke im Starweg die beschlossene Veloroute 4 verbessern und den Radverkehr zwischen Ahrensfelde und dem Stadtkern damit fördern soll.

Bezogen auf die Einwohnerfragen stellt die Verwaltung klar, dass der Poller an diesem Standort nicht versenkbar, sondern unterhaltsarm gestaltet werden kann und die Beleuchtung mittels Bewegungsmeldern nur bei Bedarf und Dunkelheit anspringen soll, um die Beeinträchtigung der freien Landschaft zu minimieren.

Hinsichtlich der Befestigungsart ergänzt ein Ausschussmitglied die Stellungnahme der Verwaltung unter TOP 3 prüfen, wonach eine Betonspurfahrbahn auch für die zunehmende Zahl an Lastenfahrrädern ungeeignet ist. Auf Nachfrage erläutert die Verwaltung, dass sich Pflaster eher in der Innenstadt und in Wohngebieten eigne, in denen es häufiger zu Aufgrabungen und Wiederherstellungen der Straßenoberfläche komme, während hier im Außengebiet die Fläche gut und zügig zu asphaltieren ist. Der Asphalt dürfte ohne nennenswerte Unterhaltung 15 bis 20 Jahre halten, dann wären üblicherweise erste Risse zu beheben. Derzeit müsse die unbefestigte Straße mindestens einmal im Jahr flächenhaft glatt gehobelt werden, wobei bald darauffolgende Unebenheiten nicht vermieden werden können. Der Winterdienst sei nur eingeschränkt möglich.

Der Sachverständige Peter Körner plädiert trotzdem dafür, den Verbindungsweg so zu belassen und lediglich den Durchgangsverkehr durch einen Einbau zu verhindern. Einen ebenfalls von ihm angeführten Zeitverlust beim Einsatz der Feuerwehr durch das Entfernen / Umlegen des Pollers vermag die Verwaltung gegenüber technisch geprägteren Lösungen nicht nachzuvollziehen. Auch wenn der unbefestigte Verbindungsweg durch Generationen von Schulkindern genutzt worden ist, sollte das Ziel des Veloroutenkonzeptes, komfortabel und zügig befahrbare Radtrassen anzubieten, weiterverfolgt werden.

Ein Ausschussmitglied merkt an, dass die Sperrung des verlängerten Starweges für durchfahrende Kfz zu einer Verdrängung dieses Verkehrs und unter anderem zu einer Zunahme des Verkehrs über die Dorfstraße durch Ahrensfelde führen dürfte.

Während Einigkeit besteht, die Veloroute in diesem Straßenabschnitt durch die Asphaltierung zu verbessern, auch um die heute bestehenden offensichtlichen Gefahren zu beheben, fokussiert sich die Diskussion auch im Hinblick auf den Wunsch Peter Körners, den historischen Dorfcharakter Ahrensfeldes weitestgehend zu erhalten, auf die Ausbaubreite. Da kein Begegnungsverkehr von Kfz zu befürchten sei und der landwirtschaftliche Verkehr auf den Grenzstreifen ausweichen könne, wird eine Breite von 3 m bis 3,50 m für ausreichend gehalten.

Sodann wird zunächst über den **Änderungsantrag** eines Ausschussmitgliedes der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen entschieden, die Breite der Asphalt-schicht von 4,35 m auf 3,50 m zu reduzieren.

Abstimmungsergebnis:	11 dafür	(CDU, SPD, Grüne, WAB)
	1 dagegen	(FDP)

Letztlich wird über den entsprechend angepassten **Beschlussvorschlag** ab-gestimmt.

Abstimmungsergebnis:	11 dafür	(CDU, SPD, Grüne, WAB)
	1 dagegen	(FDP)

Anschließend wird die Gesamtsituation anhand der Eigentumsverhältnisse und der Trassenverläufe (vgl. **Anlage** mit den beiden Folien) erörtert. Eine Mehrheit des BPA spricht sich angesichts der zu erwartenden Probleme beim Grunderwerb und der nur rund 100 m längeren Trasse entlang der Bahnstrecke für eine mittelfristige Realisierung der Variante 1 aus.

Angeichts der im Sachverhalt beschriebenen Risiken im Baurechtsverfahren wird die Realisierung des untersuchten Teilabschnitts der Veloroute 10 vorerst zurückgestellt. Durch dieses Vorhaben zu bindende personelle Ressourcen sind zunächst für andere Prioritäten einzusetzen.

Abstimmungsergebnis: 10 dafür (CDU, Grüne, WAB, FDP)
2 Enthaltungen (SPD)

11. Machbarkeitsstudie Radschnellwege Metropolregion Hamburg

Die Verwaltung erläutert anhand des dem Protokoll als **Anlage** beigefügten Folienvortrages insbesondere

- die vieljährige Planung des Radschnellwege-Konzeptes,
- die Entwicklung der achsialen Teilprojekte mit dem Weg über Volksdorf nach Ahrensburg und
- die Trassenfindung bis hin zu dem auf der Folie „Vorzugsvariante“ dargestellten Verlauf durch das Ahrensburger Stadtgebiet.

Die derzeit auf grob 13,6 Mio. € geschätzten Realisierungskosten für die umzusetzenden Einzelprojekte sind zum kleinen Teil bereits im Investitionsplan berücksichtigt und gliedern sich in viele Positionen auf, die im Laufe der Jahre haushaltsrelevant zu beschließen und mit ebenfalls abzustimmenden Detailplanungen auszufüllen sind. Die Teilnahme am Projekt des Radschnellweges dient dem Ziel, eine überregionale, zügig zu befahrende Radwegetrasse und hierfür konkret einen Verbindungsabschnitt zwischen HH-Volksdorf und dem Ahrensburger Gewerbegebiet Nord zu schaffen. Der Radschnellweg mit seinem Komfort gehe über die örtlichen Velorouten hinaus, dürfte jedoch auch mit einer maßgeblichen Förderung verbunden sein.

Ein Ausschussmitglied der CDU-Fraktion meldet internen Beratungsbedarf an und beantragt, die Entscheidung in dieser Angelegenheit zu vertagen. Über diesen **Verfahrensantrag** wird entschieden.

Abstimmungsergebnis: Alle dafür

Anschließend werden von einzelnen Ausschussmitgliedern insbesondere folgende Aspekte andiskutiert:

- Anstatt von der Lübecker Straße kommend die Trasse über den Ost-ring und den südlichen Beimoorweg ins Gewerbegebiet Nord zu führen, sollte das Ziel weiterverfolgt werden, in Verlängerung der Straße Am Weinberg die Bahnstrecke HH-HL zu queren. Die Verwaltung macht hierzu auf die notwendige Länge des Querungsbauwerks aufmerksam, das auf der nordwestlichen Seite die Zufahrt eines Gewerbebetriebes tangiert. Die Belastung des Weinberg-Knotens sei in diesem Zusammenhang besonders zu untersuchen.
- Kritisch gesehen wird der Mischverkehr des Radschnellweges und des motorisierten Verkehrs mit einer Geschwindigkeitsbegrenzung von 50 km/h; diese Bedenken gelten für die betroffenen Abschnitte in den Straßen Bornkampsweg, Am Haidschlag und Stormarnstraße.

- Eine Führung über den Ostpreußenweg ist aufgrund dessen Lage der gewählten Trasse über die Gerhart-Hauptmann-Straße vorzuziehen, zumal in der Gerhart-Hauptmann-Straße überproportional viele Parkplätze entfallen würden.
- Um die Steigung im Bornkampsweg zu umgehen, wäre eine Trasse in Verlängerung des Wulfsdorfer Weges in Richtung U-Bahnhof Buchenkamp zu favorisieren; hier müsste Einvernehmen mit dem Bezirksamt Wandsbek hergestellt werden.
- Der Wunsch eines Ausschussmitgliedes, die für 2023 dargestellte Überplanung des Knotens Schimmelmannstraße / Stormarnstraße / Rosenweg vorzuziehen, scheint der Verwaltung angesichts der begrenzten Personalkapazitäten und des noch nicht genehmigten III. Nachtragshaushaltes 2020/2021 unrealistisch.

Abschließend regt ein Sitzungsteilnehmer an, dass sich mehr Ausschussmitglieder in der AG Radverkehr engagieren. Er habe sich persönlich auch eine teilweise andere Trassenführung gewünscht, halte aber die Argumentation zu Gunsten der gewählten Variante für nachvollziehbar.

12. Saisonale Umnutzung von Straßenräumen

Ein Sachvortrag wird angesichts der Vorberatungen für nicht erforderlich gehalten.

Punkt 3 des Beschlussvorschlages habe sich erübrigt, da die Lieferzeit der Parklets kürzer sei als zunächst befürchtet.

Der Umweltausschuss habe in seiner Sitzung am 12.05.2021 eine einstimmige Empfehlung ausgesprochen und zudem den Sperrvermerk des Produkt-sachkontos zur Mittelfreigabe aufgehoben.

Nachdem im zweiten Teil des Beschlussvorschlages das Wort „Pilotprojekt“ in „Projekt“ geändert worden ist, um nicht bereits zum jetzigen Zeitpunkt die Beschaffung weiterer Parklets zu suggerieren, wird über folgenden **Beschlussvorschlag** abgestimmt:

1. Im Innenstadtbereich erfolgt eine saisonale Umnutzung von Straßenräumen. In diesem Fall sollen Parkbuchten temporär mit sogenannten Parklets in Aufenthaltsbereiche umgewandelt werden.
2. Im Rahmen des Projektes werden vier qualitativ hochwertige Parklets von Vestre GmbH mit Kosten i. H. v. 46.000 € (netto) beschafft und in den drei Strahlen der barocken Stadtachse installiert.

Abstimmungsergebnis:	11 dafür	(CDU, SPD, Grüne, WAB)
	1 dagegen	(FDP)

13. Anfragen, Anregungen, Hinweise

13.1. Vertragte Themen

Hinsichtlich der in der heutigen Sitzung vertragten

- Entscheidung zur Machbarkeitsstudie Radschnellwege Metropolregion Hamburg (Vorlagen-Nr. 2021/37) – siehe TOP 11
- Beratung des Antrages der SPD-Fraktion zur Wohnraumförderung mit Bezug auf den Antrag AN/052/2016 (Antrag AN/027/2021)

kommen die Ausschussmitglieder überein, beide Punkte bereits auf die Tagesordnung der BPA-Sitzung am 02.06.2021 zu setzen, auch in der Hoffnung, dass die Entscheidung zu den Radschnellwegen nach der heutigen Aussprache zügig herbeigeführt werden kann.

gez. Markus Kubczigk
Vorsitzender

gez. Ulrich Kewersun
Protokollführer